

Gemeinsames Statement der IG Wirtschaft / Arbeitgeber zur Ausgestaltung des Just Transition Fund (JTF) in Sachsen

Wir begleiten als Kammern und Verbände die sächsischen Unternehmen seit vielen Jahren, noch vor der Aufnahme der Arbeit der Kohlekommission, bei der Bewältigung der mit dem Kohleausstieg und dem Übergang zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft verbundenen Herausforderungen. Mit dem Just Transition Fund (JTF) wurde ein zusätzliches Instrument geschaffen, speziell auch Wirtschaftsunternehmen in den besonders betroffenen Regionen bei diesem Strukturwandel und den notwendigen Veränderungsprozessen zu unterstützen.

Der durch den Kohleausstieg und den Übergang zur einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft bedingte Strukturwandel trifft in erster Linie die Wirtschaft in den Regionen und die Beschäftigten in den Unternehmen. Es ist daher vor allem wichtig, dass diese Unternehmen, unabhängig von ihrer Unternehmensgröße, neue Geschäftsfelder entwickeln und dabei schnell und unbürokratisch unterstützt werden. Mit ihren Projekten, Produkten und Dienstleistungen schaffen sie Wertschöpfung, erhalten und schaffen neue Arbeitsplätze. Daher sehen wir es von zentraler Bedeutung, dass die von der EU bereitgestellten Mittel des JTF unternehmensfreundlich, zeitnah, zusätzlich und überwiegend für die Unternehmen der betroffenen Regionen zur Verfügung stehen. Wegen der besonderen Herausforderungen an diesen Umstrukturierungsprozess sollte das Kriterium der Arbeitsplätze eine untergeordnete Rolle spielen, da im Vordergrund der Erhalt der Unternehmen und die Erhöhung bzw. Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit steht.

Sachsen muss die Potentiale so zielgerichtet nutzen, dass neue Wertschöpfung in den betroffenen Regionen entsteht. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Spezifik der drei sächsischen JTF-Regionen gesondert betrachtet und für jedes dieser Territorien individuelle Ansätze der Unterstützung der regionalen Wirtschaft erarbeitet werden. Schwerpunkte müssen im Bereich der Innovations- und Investitionsförderung sowie bei energiewirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen gesetzt werden.

Wir haben bereits zum Ausdruck gebracht, dass die Anpassung des europäischen Beihilferechts nach unserer Auffassung für eine erfolgreiche Struktur- und Wirtschaftsentwicklung in den Braunkohle-Regionen unabdinglich ist. Insofern erwarten wir, dass Sachsen auf die europäischen Behörden weiter einwirkt, um großzügigere Beihilferegeln durchzusetzen, die der besonderen Herausforderung beim notwendigen und geforderten Übergang zur einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft gerecht werden. Die Möglichkeit der Förderung von großen Unternehmen sollte so genutzt werden, dass Ausstrahlungseffekte für die Regionen erwachsen und eine Zusammenarbeit mit den regionalen KMU ausgebaut wird.

Im Einzelnen sehen wir als Interessengruppe Wirtschaft / Arbeitgeber folgende Förderbedarfe, die durch den JTF unterstützt werden sollen:

* **Entwicklung von Unternehmen und Innovationen unterstützen**

Die notwendige Abgrenzung im JTF zur bestehenden F&E-Förderlandschaft sehen wir als Herausforderung, halten eine dahingehende Prüfung jedoch für unabdingbar. Da Innovationsprojekte einer besonders großen Unberechenbarkeit und damit stetigen Investitionsrisiken ausgesetzt sind, müssen der Zugang zu Fördermitteln deutlich vereinfacht und die Voraussetzungen für die Entwicklung, Bewertung und Umsetzung innovativer Produkte, Dienstleistungen oder neuer Geschäftsmodelle geschaffen werden. Unternehmen müssen initiativ und proaktiv mit dem Anspruch, Innovationen zu treiben und Märkte zu gestalten, bei der Geschäftsfeldanalyse und -entwicklung, der Umsetzung neuer, innovativer Geschäftsmodelle und bei der Produktentwicklung beraten und unterstützt werden.

Denkbar wären regionale Managementstellen, die Unternehmen begleiten, gezielt Kontakte vermitteln und Kooperationen zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen schaffen. Dabei können bestehende Strukturen genutzt und ausgebaut werden. Das Instrument Regionaler Innovationsverbünde könnte hierfür aus unserer Sicht ein geeignetes Instrument sein.

Für die Durchführung und Begleitung von Forschungsvorhaben im Verbund sollten möglichst flexible Fördermittel zur Verfügung stehen. Auch die Schaffung projektunabhängiger Forschungsstellen kann Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, speziell von kleinen und mittleren Unternehmen, im Zuge von Auftragsforschung unterstützen.

* **Gemeinsame Fertigungscluster und -infrastrukturen aufbauen**

Um gerade kleineren und mittleren Unternehmen die Nutzung investitionsintensiver Technik und Technologien zu ermöglichen und Auslastungen zu verbessern, ist die Entwicklung, der Aufbau und die Unterstützung von Fertigungsclustern notwendig – beispielsweise im Bereich der additiven Fertigung oder im Leichtbau.

* **Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen**

Die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Gemeinden hängt maßgeblich von der Attraktivität bestehender Industrie- und Gewerbegebiete und dem neu zu entwickelnden Flächenangebot für Erweiterungen ansässiger Betriebe und Neuansiedlungen auswärtiger Unternehmen ab. Der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Bereich der Industrie- und Gewerbegebiete wird mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) unterstützt, ist aber ausschließlich auf Kommunen ausgerichtet.

Um vorhandene Potentiale zu nutzen, müssen Möglichkeiten entwickelt werden, explizit private Investoren bzw. PPP-Modelle gezielt zu unterstützen bzw. zusätzliche Anreize für den Ausbau Interkommunaler Gewerbegebiete zu setzen. Private Flächen- bzw. Bracheneigentümer sollten Anreize erhalten, um Gewerbeflächen verfügbar zu machen. Dabei sollte auf Branchenausschlüsse weitgehend verzichtet werden, um den Strukturwandel auch durch neue und innovative Unternehmen aus bisher nicht berücksichtigten Branchen zu unterstützen. Dazu wird es ebenfalls notwendig sein, neben den Bau- und Erschließungsarbeiten, moderner Lade-, Daten- und Energieinfrastruktur auch Planungs- und Dekontaminierungsleistungen in die Förderung einzubeziehen.

Insbesondere auf den Flächen der aktuellen Kraftwerksstandorte, aber auch an anderen geeigneten Brachflächen, sind investive Maßnahmen zu fördern, die der Vorbereitung, Umnutzung und Modernisierung dieser Standorte für z. B. Großspeicher, Anlagen zur Erzeugung und zum Transport von Wasserstoff, Gewinnung erneuerbarer Energien (z. B. PV-Großflächen) oder eine CO₂-Wirtschaft (CCU, d. h. CO₂-Abscheidung und Verwendung in Kraftstoffen oder Spezialchemikalien) dienen.

* JTF Sonderprogramm – Regionales Wachstum

Das Förderprogramm „Regionales Wachstum“ hat nachweislich im erheblichen Maße Investitionen kleiner Unternehmen im ländlichen Raum angeschoben und so Wertschöpfung und Arbeitsplätze zukunftsfest gemacht. Regionale Unternehmen könnten so das dann besser ausgestattete und ausgestaltete Förderprogramm nutzen, um in zukünftige Geschäftstätigkeiten, die Umsetzung neuer Geschäftsmodelle und neue Energietechnologien zu investieren. Wir schlagen vor, dieses Instrument über den JTF in den betroffenen Regionen besser auszustatten und mit angepassten Konditionen umzusetzen.

Unterstützend können im Rahmen der allgemeinen GRW-Förderung ebenfalls Erleichterungen hinsichtlich Branchen und Mindestinvestitionsvolumina vorgenommen werden, um die JTF-Regionen gegenüber anderen Standorten zu präferieren.

Über die Erweiterung des Finanzvolumens hinaus, sollten in den JTF-Regionen der Begünstigtenkreis erweitert und die Zugangsvoraussetzungen zu den Fördermitteln, z. B. das Mindestinvestitionsvolumen reduziert werden. Auch sollte das Arbeitsplatzkriterium so ausgelegt werden, dass der Erhalt des Unternehmens durch Anpassungsmaßnahmen insgesamt, die Voraussetzung der Förderung ist und nicht die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Das Programm sollte weit gefasst und die Messlatte zum Erreichen der Förderkriterien niedriger gehängt sein.

* Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen neu gestalten

Neben der Kompensation von Wertschöpfungsausfällen durch den Kohleausstieg muss es auch darum gehen, die Region zukunftsfähig zu machen. Das wird am besten dadurch gelingen, dass bestehende Unternehmen ihr Können und Wissen weiterentwickeln, um neue Geschäftsmodelle und Anwendungsfelder für ihre Produkte auszumachen. Die Bereiche Energietechnologie und Energiewirtschaft sind deshalb besonders vielversprechende Entwicklungsfelder.

Damit diese Entwicklung Erfolg haben kann, muss mehr für den Einsatz neuer Energietechnologien und neuer Erneuerbare Energie-Wirtschaftsmodelle getan werden, z.B. durch eine stärkere Förderung der Nutzung neuer Energietechnologien oder stärkere Einbeziehung von Umweltkriterien bei konventionellen Technologien. Die sächsischen Reviere können dabei Reallabore für neue energiewirtschaftliche Lösungen in Zeiten der Energiewende werden, z. B. hinsichtlich der zur Speicherung von erneuerbaren Energien notwendigen Anlagentechnologien (Elektrolyseure zur Wasserstoffproduktion, Großspeicher, neue Energieeffizienztechnologien, etc.), deren zügigen Bau durch verkürzte Genehmigungsverfahren und ihre anschließende Überführung in den wirtschaftlichen Dauerbetrieb.

* **Digitale Infrastrukturen weiter ausbauen und durch Konnektivitätsgutscheine ergänzen**

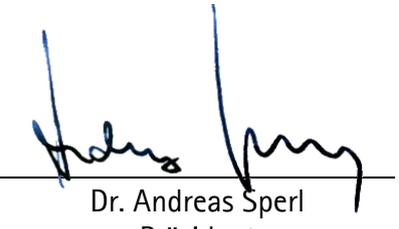
Der Ausbau der digitalen Infrastruktur spielt für die Unternehmen in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen eine tragende Rolle für die zukünftige Entwicklung. Aus JTF-Mitteln sollten der Ausbau fester Breitbandnetze, die Einrichtung von 4G- und 5G-Mobilfunk(campus-)netzen sowie Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich transeuropäischer digitaler Vernetzungsinfrastruktur gefördert werden. Im Rahmen des erweiterten Beihilferechts der AGVO sollten außerdem Konnektivitätsgutscheine für den erstmaligen oder deutlich erweiterten Breitbandzugang, zur Erleichterung von Telearbeit sowie allgemeinen und beruflichen Online-Bildungsleistungen für KMU bzw. deren Beschäftigte ausgegeben werden.



Kristian Kirpal
Präsident
IHK zu Leipzig



Dr. h. c. Dieter Pfortner
Präsident
IHK Chemnitz



Dr. Andreas Sperl
Präsident
IHK Dresden



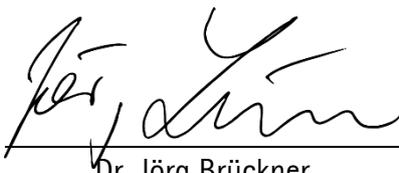
Matthias Forßbohm
Präsident
Handwerkskammer zu Leipzig



Frank Wagner
Präsident
Handwerkskammer Chemnitz



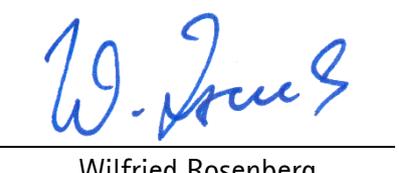
Dr. Jörg Dittrich
Präsident
Handwerkskammer Dresden



Dr. Jörg Brückner
Präsident
Vereinigung der
Sächsischen Wirtschaft e.V.



Oliver Köhn
Geschäftsführer
VDMA Landesverband Ost



Wilfried Rosenberg
Regionalrepräsentant
Der Mittelstand BVMW e.V.